

Der Parteitag hat gesprochen

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

14. JAHRGANG -- FEBRUAR 1935 -- HEFT 6

Der Parteitag hat gesprochen

Von Ernst Reinhard.

Trotz allem, was bürgerliche Presse und ein Teil der Parteipresse schreiben, liegt das Hauptgewicht der Luzerner Parteitagsentscheide nicht auf dem Gebiet des Wehrwesens, sondern der Wirtschaftspolitik, der Wirtschaftsführung und der Staatspolitik.

Als die Programmrevision an die Hand genommen wurde, erklärte ein Teil der damaligen Oppositionellen, daß jeder Parteitagsentscheid, der an die Diktatur des Proletariats taste, für sie unannehmbar und ein Grund zur Parteispaltung sein werde. In der Kommission und im Parteivorstand wurden um dieses Problem noch hitzige Gefechte geschlagen. Ein ganzer Knäuel von Problemen war damit aufs engste verbunden. Die Diktatur des Proletariats ist unmöglich zu begründen ohne die Vorstellung, daß das Proletariat allein Trägerin der neuen Gesellschaftsform sein werde, daß es infolgedessen auch den Widerstand anderer arbeitender Schichten, die aber aufs engste mit der kapitalistischen Herrschaft verbunden seien, mit äußerster Gewalt niederzuringen habe. Es ergab sich daraus eine natürliche Gegnerschaft gegenüber dem gewerblichen Mittelstand, dessen Kleinbetriebsform mit der sozialistischen Planwirtschaft ihrer egoistischen Anarchie wegen unvereinbar schien; der Gegensatz zur gleichermaßen auf Kleinbetrieb beruhenden Landwirtschaft wurde genau so als selbstverständlich empfunden. Während der Kriegszeit und der Nachkriegszeit hatte erbitterte Feindschaft zwischen Arbeiterschaft einerseits, Landwirtschaft und Gewerbe andererseits den kapitalistischen Kreisen trefflich gedient und sie als lachende Dritte gewinnen lassen; die geistige Grundhaltung war allerseits nicht wesentlich geändert worden. Zwar hatte die Partei über Parteiprogramm und Arbeitsprogramm hinweg praktisch der Landwirtschaft gegenüber eine andere Haltung eingenommen; die alte törichte These vom natürlichen Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten war durch die Praxis außer Kraft gesetzt und vernichtet worden; aber es war ein weiter Weg vom Parteiprogramm und der Arbeit von 1920 bis zum Landwirtschaftsprogramm von 1934 und dem Plan der Arbeit von 1935.

Die Ansicht, als ob Trägerin des neuen Staates nur das Proletariat sein könne, ist einer andern gewichen; alle arbeitenden Schichten sollen nun zusammenhalten, um den neuen Staat und die neue Gesellschaft zu errichten. Die These von der Alleingeltung des Proletariats ist ersetzt durch die natürliche der Gleichberechtigung aller arbeitenden Schichten; damit nimmt das Proletariat auch nicht mehr die Alleinverantwortung für die neue Gesellschaft und den neuen Staat auf sich; es teilt sie mit den andern Schichten; aber wenn es auch überzeugt ist, daß es führende Schicht bleibt, so hat das nicht den Sinn einer Vorherrschaft, sondern einer bewußten Leitung zu jener großen Volksfront der Arbeit, die an die Stelle der Diktaturidee tritt.

In unmittelbarer Beziehung damit steht auch das Verhältnis zur Demokratie. Die Arbeiterschaft kehrt da allerdings nicht etwa als Reuige zurück zu den alten Kochtöpfen des Liberalismus; sie hat gar kein Hehl daraus gemacht, daß sie die Anschauungen der bürgerlichen Welt über demokratische Methoden und Demokratismus nicht teilt. Sie denkt entfernt nicht an eine Demokratie, die man ängstlich im Treibhaus vor allen Stürmen schützt und ihr dies und das im Interesse ihrer Gesundheit verbietet. Sie verlangt den Ausbau und die logische Fortentwicklung der Demokratie in die wirtschaftliche Ebene; und indem sie jedem Abbau der Demokratie gegenübertritt, verlangt sie die Vollendung der Demokratie in einer konsequenten Vorwärtsentwicklung zur wirtschaftlichen Demokratie des Sozialismus. Aber auch hier, in dieser Neueinschätzung demokratischer Werte, ist ein gewaltiger Entwicklungsprozeß unverkennbar. Vor zwei Jahren noch schien eine Abkehr von der diktatorischen Idee einer Kapitulation gleichzukommen; die Partei hat heute die Kraft aufgebracht, ihre eigenen Anschauungen über Demokratie ihrer eigenen Geschichte und dem Bürgertum gegenüber zu verteidigen. Sie hat auch hier den Eigenwert betont und ist keineswegs in den Fehler verfallen, denkfaul auf bürgerliche Anschauungen zurückzufallen.

Und diese beiden Probleme: Ersetzung der Vormacht des Proletariats durch die Volksfront der Arbeit, der Diktatur durch die wirtschaftliche Demokratie, haben am Parteitag überhaupt keine Diskussion mehr hervorgerufen! Vor kurzem noch heftigste Diskussion, Drohungen und dramatische Szenen; heute die stillschweigende Annahme!

Aber ebenso deutlich erklärte sich der Parteitag gegen jene Anschauungen, die man der Partei einzuimpfen versucht hatte und die darauf hinausliefen, daß die Partei einfach die bürgerlichen Anschauungen zu übernehmen habe. Die Volksfront der Arbeit bekam ihr sauberes und deutliches Ziel: den demokratischen Sozialismus; sie hat ihren klar erkennbaren Feind, den sie niederzuringen hat: den Finanzkapitalismus. Es gibt keine Jammerlappen-Solidarität mit allem, was da kreucht und fleucht; die Partei denkt nicht daran, zu erklären: Wir sind nun einmal alle miteinander solidarisch und müssen sehen, wie wir gemeinsam durchkommen. Mit dem Finanzkapital und seiner volksfeindlichen Wirtschafts- und Staatsform gibt es nie, in gar keiner Situation, einen Frieden.

Darin liegt die Stärke der Partei: Sie hat in diesen Problemen ihren eigenen Gesetzen gehorcht, niemand anderm sonst; sie ist konsequent aus der engen Partei, die sie sein mußte, solange sie jung und schwach war, in eine große Volksbewegung aller Arbeitenden umgewandelt worden. Diese Entwicklung hat der Plan der Arbeit akzentuiert und untermauert.

Auch hier: große, als selbstverständlich empfundene Entwicklung. Die Agitation kommt los von Augenblicksparolen; sie klammert sich nicht mehr an Einzelforderungen, vom Tag für den Tag geboren. Sie stellt ihr Sofortprogramm in großer und strenger Architektur auf; daran ist nichts bequem und von ehegestern. Alles ist erfüllt von einem unbändigen Willen zur Macht, von einer stolzen, jungen Hoffnung, von einem nimmermüden Glauben und ernstesten Forderungen an sich selbst. Die Partei findet sich nicht mehr mit einer Minderheitsrolle ab; sie will hinaus zur Mehrheit, durch das Volk der Arbeit und mit dem Volk der Arbeit; die Idee eines *Volkes der Arbeit im Staat der Freiheit* hält sich fest an diesem Plan, der keine Deklamation, sondern ein umfassendes Regierungsprogramm ist, wie es keine Partei aufzuweisen hat.

Wer an die Arbeit der nächsten Monate und Jahre denkt, wer nicht annimmt, die Parteiarbeit erschöpfe sich auf den 24. Februar, wer den Blick nicht getrübt hat durch die Staubwolken um Rekrutenschulen und ähnliches, der mag erkennen, welche überragende Bedeutung für die Zukunft diese Arbeit des Parteitages hatte. Die bürgerliche Presse schweigt darüber und tut mit Absicht, als ob nichts geschehen wäre; einzig die »Nationalzeitung« ist klug genug, zu sehen, was hier geschah. Wir sind keineswegs unglücklich über diese Verbohrtheit der bürgerlichen Presse; wenn sie nicht sehen will, wo wir den Hauptstoß führen, soll sie sich damit abfinden. Wir gedenken, ihr zur rechten Zeit schon mit aller Deutlichkeit zu zeigen, daß wir auf Ablenkungsmanöver nicht hineinfallen, sondern daß die Partei das Kampffeld wählt und dem Gegner vorschreibt, wo er zu schlagen hat. Wir gedenken, der finanzkapitalistischen Dienerpresse noch zu ganz anderen Wutausbrüchen Anlaß zu geben.

Bedenklich aber ist es, wenn nun ein Teil der Parteipresse auf den bürgerlichen Türk hereinfällt und mit der Bürgerpresse tut, als ob hier wenig, in der Militärfrage aber alles entschieden worden sei. Liest man den Kommentar des Genossen Nicole im »Travail« oder den weinerlichen Schlußsatz im Kommentar des Genossen Kramer, da mag man sich schon fragen, woher diese bedenkliche Blicktrübung komme. Was ist denn eigentlich geschehen?

Die Partei hat in der Militärfrage eine eigene Haltung eingenommen! Sie hat weder die pazifistische Auffassung des Beschlusses von 1917 aufrechterhalten, noch ist sie mit der bürgerlichen Landesverteidigung eins geworden; aber sie hat gesagt: *Sozialistische Verteidigung der Demokratie!* Sie hat erklärt, was sie darunter versteht, und sie hat sich konsequent geweigert, einfach vor dem Generalstab zu kapitulieren! Aus dieser sehr selbstverständlichen

Auffassung heraus hat sie erklärt: Wir verteidigen die Demokratie gegen den innern und den äußern Feind. Dazu verlangen wir auch das passende, unser eigenes Wehrsystem. Es wird unsere Aufgabe sein, dem Volke in allernächster Zeit sauber und deutlich zu erklären, was wir unter dem Wehrsystem der sozialistischen Demokratie verstehen; wir werden nicht wesentlich anders, nur konsequenter handeln als einst Jaurès. Wir sind keineswegs verpflichtet, jede Vorlage des Generalstabs einfach zu fressen; wir behalten uns gerade bei dieser Vorlage die freie Entscheidung vor, denken nicht daran, hier vor Autoritäten schwachmütig zu kapitulieren. So wenig wie unser Wille, die Demokratie zu verteidigen, uns dazu führen konnte, dem Abbau der Demokratie im Staatsschutzgesetz zuzustimmen, so wenig kann er uns veranlassen, vor den Drohungen Mingers und seiner Wehrvorlage zu kapitulieren. Wir wollen die Wehr; aber wir wollen sie so, daß sie den Ideen, für die wir im Plan der Arbeit und Parteiprogramm kämpfen, dient und nicht dem Gegenteil!

Selbstverständlich muß das Bürgertum so tun, als sähe es die strenge Logik dieser Gedanken nicht! Es hat von uns ein Bekenntnis zu *seiner* Landesverteidigung und die Kapitulation vor *seiner* Idee erwartet; wir haben es in beidem bitter enttäuscht durch die Betonung *unserer unbedingten geistigen Unabhängigkeit*. Es muß heute so tun, als hätten wir uns in Widersprüche verwickelt; das entspricht dem Bedürfnis seiner Demagogie und ist in Ordnung. Wir haben es nicht anders erwartet — und wäre es anders, dann wäre es zum Erschrecken. Aber muß dann wirklich eine Parteizeitung, die konsequent den christlich-pazifistischen Standpunkt vertrat, in dies bürgerlich-demagogische Geheul einstimmen und der Parteitagmehrheit zumuten, eigentlich hätte sie nun auch für die Wehrvorlage stimmen oder die Stimme freigeben müssen? Darf die Partei nicht erwarten, daß die Parteigenossen, die am Parteitag unterlegen sind, sich ehrlich und redlich mit dieser Tatsache abfinden und zum mindesten dem Parteitag und der Partei nicht Dinge unterschieben, die, vielleicht vom Bürgertum aus gesehen, angemessen, parteigenössisch gedacht, aber einfach unzulässig sind?

Doch das geht vorüber, wie der 24. Februar. Die Partei denkt darüber hinaus und sieht die großen, entscheidenden Kämpfe um Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsführung und Staatsgestaltung. Für diese wichtigen und entscheidenden Kämpfe hat der Parteitag der Parteileitung im neuen Programm und im Plan der Arbeit die neuen Waffen gegeben; ihm ist dafür zu danken. Die Verpflichtung, welche der Parteileitung daraus erwächst, wird in vollem Umfang und allseitig anerkannt.
